



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/182

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bonn, den 8. August 1951  
Friedrich Ebert-Allee 170

Dollars in falschen Kanälen	S. 1
Frau unter Generälen	S. 3
Zum sozialistischen Jugendtag in Hamburg	S. 4
Widerstand und Landesverrat (v. Knoeringen)	S. 5
Marx contra Stalin	S. 7

## Reform der Marshall-Hilfe

P.R. Es mehren sich die Anzeichen sachlicher und persönlicher Art, daß die amerikanische Regierung jetzt mit ihrem kürzlichen Beschluß ernstmachen will, die ECA-Verwaltungen in den Ländern der Marshall-Plan-Hilfe zu reformieren. Die großzügige Hilfsbereitschaft des amerikanischen Volkes in den vergangenen Jahren ist durch nichts stärker belastet worden - und wird es noch heute - als durch das Bewußtsein der unzweckmäßigen Verwendung, ja oft der Verschwendung der zur Verfügung gestellten Mittel.

Auch mit der Marshall-Plan-Hilfe hat man in dieser Hinsicht viel Kummer gehabt. Die ursprüngliche Richtlinie, dem Empfangsland die volle Verfügungsgewalt über diese Mittel zu überlassen, hat sich als unzweckmäßig erwiesen. Man hat in den USA das Gewicht der politischen Einflüsse bei der Verteilung dieses im ausgepörrten Europa so hochwillkommenen Beistandes stark unterschätzt und steht nun vor der Erkenntnis, daß unendlich viel in falsche Kanäle geflossen ist.

Feststellungen dieser Art besagen übereinstimmend, daß, entgegen den ursprünglichen amerikanischen Absichten, die zur Verfügung gestellten Beträge ganz vorzugsweise Unternehmerkreisen zugute gekommen sind, weit über das durch die wirtschaftliche Funktion dieser kleinen Schicht gerechtfertigte Maß hinaus. Die bekannte Kritik des inzwischen zurückgetretenen Leiters der Marshall-Plan-Mission für Westdeutschland, Cattior, war absolut keine Einzel-

erscheinung, seine Kollegen in Frankreich und Italien haben sich im gleichen Sinne geäußert. Und kürzlich erst ist eine Gruppe amerikanischer Senatoren, die sich in Europa über die Ergebnisse der Marshall-Plan-Hilfe unterrichten wollte, zu denselben Schlußfolgerungen gekommen.

Nun wird man gewiß nicht sagen können, daß die amerikanische Zentralverwaltung für den Marshall-Plan im Sinne der Interessen der Angestellten und Arbeiter in den betreuten Ländern voreingenommen sei. Aber man geht dort von ganz nüchternen Zwecküberlegungen aus. Man erinnert daran, daß der Sinn der Marshall-Plan-Hilfe die Hebung des Lebensstandards der breiten Massen in den hilfsbedürftigen Völkern war und ist. Man sagt mit Recht, daß dieses Ziel nur durch verstärkte Gütererzeugung, verbunden mit erhöhtem Reallohn bei leidlich gerechter Verteilung des Sozialproduktes, zu erreichen sei. Die bisherige Hilfe aber habe vor allem zu riesigen Gewinnen eines eng begrenzten Kreises, zu einer groben Ungerechtigkeit in der Verteilung der Mittel geführt.

Daraus will man nun offenbar die notwendigen Konsequenzen ziehen. Bisher hatten die Regierungen der bedachten Länder allzu maßgebenden Einfluß bei der Verteilung der Mittel, den sie im Sinne ihrer parteipolitischen Zusammensetzung und der daraus resultierenden Abhängigkeiten geltend machten. Das war in Bonn so, wie in Paris und in Rom. Künftig sollen nun Ausschüsse gebildet werden, in denen auch die Gewerkschaften, Vertreter der Verbraucher-Organisationen und der großen Berufsstände vertreten sind. Außerdem soll vorgeschrieben sein, daß Hilfe an Einzelunternehmungen nur dann gegeben wird, wenn Sicherheit dafür besteht, daß diese Mittel zum Nutzen auch der Angestellten und Arbeiter dieses Unternehmens verwendet werden, etwa dadurch, daß sie an der durch die finanzielle Hilfe ermöglichten Mehrererzeugung durch höhere Löhne und Gehälter beteiligt werden.

Es bleibt zu bedauern, daß diese Kurswendung so spät erfolgt, etwa ein Jahr vor dem Ablauf des ersten Marshall-Planes. Immerhin kann noch manche Fehlleitung vermieden und für die Zeit eines unter anderen grundsätzlichen Bedingungen verlängerten Hilfsplanes mancher Nutzen aus einer solchen Reform gezogen werden. Wichtig ist freilich, daß sich die maßgebenden amerikanischen Stellen von den neugewonnenen Erkenntnissen und ihren daraus resultierenden Absichten nicht wieder abbringen lassen.

Ein amerikanisches Phänomen

R.L. In diesen Tagen sahen viele Leser deutscher Tageszeitungen das Bild einer eleganten Frau, helles Kostüm, weißer Hut, weiße Handschuhe, die lächelnd den Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Thomas T. Handy, begrüßt. Es ist Mrs. Anna M. Rosenberg, seit November 1950 Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium. Zweck ihres Aufenthaltes: Besprechung organisatorischer Fragen, die sich aus der Verlegung von vier amerikanischen Divisionen nach Westdeutschland ergeben. Ein ungewöhnlicher Auftrag für eine ungewöhnliche Frau.

Anna M. Rosenberg ist heute praktisch der Stellvertreter des amerikanischen Verteidigungsministers General Marshall. Eine einzigartige Karriere liegt hinter der 49jährigen, die mit ihren Eltern vor rund vier Jahrzehnten aus Ungarn nach den USA einwanderte. Es ist eine zierliche kleine Person, die sich einige Wälzer auf ihren Stuhl legen muß, wenn sie einen größeren Kreis von Konferenzteilnehmern überblicken will, eine Frau mit scharfem Verstand, enormem Ziffern- und Tatsachengedächtnis, unbändiger Arbeitskraft, ein Organisations-Genie, ausgestattet mit der beneidenswerten Gabe, Streit gerade dann schlichten zu können, wenn alle anderen an diesem Versuch gescheitert sind.

La Guardia, der verstorbene, frühere Oberbürgermeister von New York, entdeckte und protegierte sie. Ihre Spezialgebiete waren die Arbeits- und später die Militärverwaltung. Sie begann während des ersten Weltkrieges als 16jährige Gymnasiastin mit der erfolgreichen Werbung für die sogenannte Freiheits-Anleihe, die amerikanische Kriegs-Anleihe. Sie machte ihren weiteren Weg im Staate New York, dessen Gouverneur alsbald Franklin D. Roosevelt wurde. Dessen langjährige engere Mitarbeiterin ist sie dann vor allem in arbeitspolitischen Fragen geworden, wobei sie gleichzeitig hohe Verwaltungsstellen bekleidete.

Roosevelt sandte sie 1944 als seine persönliche Vertreterin nach Europa zum Studium der Industrie-Probleme in England und Schweden, Truman übertrug ihr später die Aufgabe, die Rückführung der Soldaten aus Europa und ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß vorzubereiten.

Überall, wo sie arbeitete, hat sie sich hohe menschliche Achtung und fachlichen Respekt erworben. Am 20. November 1950 wurde sie zum

Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, einer fast überdimensionalen Behörde, mit außerordentlicher Entscheidungsgewalt, ernannt. Man kann schon sagen: Anna M. Rosenberg ist ein echt amerikanisches Phänomen.

+ + +

### W e l t der F r e i h e i t

#### Sozialistische Jugend in Hamburg

F.B. Vor über 26 Jahren, 1925, demonstrierte in Hamburg die sozialistische Jugend Deutschlands auf ihrem Jugendtag für den sozialen und wirtschaftlichen Schutz der Jugend in der Wirtschaft. In diesen Tagen, vom 11. bis 13. August, wird in Hamburg eine neue Generation zusammenkommen, um sich unter dem Motto "Frieden und Freiheit durch Sozialismus" erneut zu den Prinzipien des demokratischen Sozialismus zu bekennen. Es sind die "Falken", die in der Hansestadt ihren 8. sozialistischen Jugendtag abhalten werden.

Jener historische Vergleich wird durch einen aktuellen, den mit der Tagung in Ostberlin, völlig überschattet. In Ostberlin müssen in diesen Tagen Hunderttausende auf Befehl Moskaus marschieren, in Hamburg werden in Freiheit und aus freiem Entschluß junge Menschen für die von ihnen als richtig erkannten Ziele eintreten. Die Jugendlichen in beiden Städten werden blaue Hemden tragen. Sie unterscheidet aber nicht nur der Ärmelstreifen "FDJ" und der rote Falkenadler, sondern sie repräsentieren zwei Welten: Die Welt des Zwanges und die Welt der Freiheit.

Am Sonnabendvormittag werden die Falken in Hamburg in der Ernst-Merk-Halle vom Bürgermeister der Hansestadt begrüßt werden. Der Nachmittag steht ausschließlich für Sportwettkämpfe zur Verfügung und am Abend wird ein Festspiel "Wille und Weg" vom Kampf und Aufstieg der Arbeiterbewegung berichten. Ein großer Fackelzug um die Binnenalster und eine internationale Kundgebung vor dem Hamburger Rathaus werden diesen Tag beschließen. Am Sonntagvormittag stehen die Themen "Probleme der Jugend im Staat" und "Das Verhältnis der Jugend zum internationalen Gedanken" im Vordergrund. Das "Fest der Freude" in Pflanzen und Blumen am Nachmittag wird den Falken Gelegenheit geben, zu zeigen, was sie im Sport, Spiel und Tanz zu leisten vermögen. Den Abschluß bildet wiederum eine Kundgebung, auf der Sozialisten aus fast allen Ländern Europas sprechen werden.

Wenige Tage später, am 18. August, tagt in Hamburg erneut die sozialistische Jugend. Dann ist es die Internationale Union sozialistischer Jugend (IUSY), die ihren 3. Kongreß in der Hansestadt abhält. Der Beschluß der IUSY, den Kongreß in Deutschland abzuhalten, ist von den deutschen Mitgliedsorganisationen besonders begrüßt worden, denn erst vor drei Jahren wurden sie in Löwen (Belgien) als vollberechtigte Mitglieder in die sozialistische Weltjugendorganisation aufgenommen, der zur Zeit Jugend- und Studentenorganisationen aus 36 Ländern angehören. Der IUSY-Kongreß hat über eine reichhaltige Tagesordnung zu beraten, wobei im Mittelpunkt die Diskussion über die Grundsätze der Sozialistischen Internationale und die Verabschiedung des sozial- und kulturpolitischen Programms der IUSY stehen.

Hamburg wird so in diesen Tagen ein eindrucksvolles Bild von echter Jugendarbeit auf nationaler und internationaler Ebene geben. Es wird beweisen, wie die sozialistische Jugend ernsthaft um Probleme ringt, es wird aber auch zeigen, daß die sozialistische Jugend jung geblieben ist und die Worte des Liedes "Wir sind jung, die Welt ist offen" nach wie vor Gültigkeit haben.

++ + ++

#### Eine Kl ar s t e l l u n g

Eine bayerische Wochenzeitung hatte vor einiger Zeit einen Angriff gegen den Vorsitzenden des Landesverbandes der SPD Bayern, Waldemar von Knoeringen, veröffentlicht. Darin war die Tätigkeit Knoeringens während seiner Emigration in England mit der Agitation des sogenannten Lord Haw Haw verglichen worden, der, wie es in dem Artikel hieß, "dieselbe Tätigkeit unter umgekehrtem Vorzeichen in Berlin ausübte", wobei der entscheidende Unterschied zwischen dem englischen Rechts- und dem nationalsozialistischen Gewalt-Staat absichtlich überschen wurde. In seinem Antwortschreiben stellt Knoeringen Überlegungen an, die uns grundsätzlich so bedeutsam erscheinen, daß wir sie im Auszug übernehmen:

"Es hätte niemals eine sozialdemokratische Emigration in England oder anderen Ländern gegeben, wenn in Deutschland die Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaates bestanden hätten, wie das in England der Fall war. Ich selbst bin Zeuge, mit welcher Offenheit während des Krieges in England die Politik der Regierung kritisiert wurde, ja, wie selbst militärische Operationen, wie z.B. die Rückschläge in Nordafrika, zu ersten Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit führten. Keinem Bürger Englands war das Recht genommen, sich frei zu äußern, die Regierung als für ihre Handlungen verantwortlich zu erklären und sich zu bemühen, auf dem Boden

der Verfassung diese Regierung durch eine andere zu ersetzen.

Wenn England Faschisten wie Mosley internierte, so nicht, weil es ihnen das Recht aberkannte, Bürger des englischen Staates zu sein, sondern weil der demokratische Staat in einem Kampf auf Leben und Tod sicher sein mußte, nicht von den Feinden der Demokratie hinterhältig angegriffen zu werden. Auch diese Internierung ist auf gesetzlicher Grundlage erfolgt und eigene Spruchkammern haben sich damit beschäftigt. Wenn der Nationalsozialismus 1933 nicht durch Bruch der Verfassung, durch Anwendung der Gewalt und durch Drohung mit Gewalt sich der staatlichen Machtmittel bemächtigt hätte, wenn er das Recht der freien Meinungsäußerung ähnlich wie in England erhalten hätte, wäre nie ein Krieg durch eine deutsche Regierung vorbereitet und auch nie eine Emigration freier Kräfte erzwungen worden. Der Artikelschreiber vorkennt vollständig, welche Entwicklung in Deutschland vor sich gegangen ist und vergleicht in primitivster Weise Dinge, die unvergleichbar sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war eine auf der Grundlage der Verfassung von Weimar arbeitende demokratische Organisation. Sie hatte dem Ermächtigungsgesetz nicht zugestimmt, obwohl ihre Abgeordneten unter der Todesdrohung standen. Sie hat, wie andere demokratische Kräfte, klar ausgesprochen, daß sie in der Art der Hitlerschen Machtergreifung einen Bruch der Verfassung sehe. Sie hat es als ihre Aufgabe erachtet, um die Wiederherstellung verfassungsmäßiger, demokratischer Rechte zu kämpfen, nachdem der Gegner mit revolutionären Mitteln seinen Verfassungsbruch vollzog, ihn auch mit revolutionären Mitteln zu bekämpfen. Das war nicht nur das Recht einer demokratischen Partei, es war ihre Pflicht. Dieser Pflicht entsprechend habe ich gehandelt.

Vom nationalsozialistischen Standpunkt aus bin ich des Verrats schuldig, weil jeder, der gegen die totale Macht und für die Freiheit der Rede sich einsetzte, zum Todfeind dieses Staates erklärt und vernichtet wurde. Vom Nationalsozialismus als Hoch- und Landesverräter bezeichnet zu werden, ist für jeden ehrlichen Demokraten eine Anerkennung. Wenn aber heute der Begriff Hoch- und Landesverrat, der ja in der Weimarer Republik für die Tätigkeit des Nationalsozialismus angewendet hätte werden müssen, in gleicher Weise auf die gegen das Terror-Regime Hitlers kämpfende Sozialdemokratie angewendet wird, so zeigt das, wie wenig sich der Vertreter einer solchen Auffassung mit den Fragen der Diktatur und Demokratie auseinandergesetzt hat.

Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre Widerstandshandlungen im Inland sowohl wie durch die Erklärungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Ausland nicht nur der Demokratie, sondern auch dem deutschen Volke einen Dienst erwiesen. Sie ist sich in dieser Haltung einig mit allen Widerstandskämpfern, die durch ihr Handeln und auch durch ihren Tod bewiesen haben, daß der Begriff der Freiheit und des Rechts in unserem Volke lebendig ist".

M a r x   c o n t r a   S t a l i n

"Die bolschewistische Propaganda bedient sich gewöhnlich zur Begründung ihrer Theorie, ihrer Ideologie, ihrer Agitationsthesen einiger Sätze von Karl Marx, dessen Schriften bisher wie absolut gültige Evangelien behandelt wurden. Diktaturen pflegen zu zitieren und nicht zu denken. Aber es handelt sich, wie wir gleich sehen werden, indes nur um einen chemisch gereinigten Karl Marx. Die realistische Dialektik eines Marx ist in der Sowjetunion längst ersetzt worden durch eine magische Heilslehre.

Marx hat sich nicht nur mit der Analyse der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft beschäftigt, nicht minder eifrig wollte er "den Mysterien der internationalen Staatskunst nachspüren, die diplomatische Streiche der Regierungen überwachen." In seinen zahlreichen Artikeln, die er in der "New York Tribune" und in der Londoner "Free Press" veröffentlichte, hat Marx Rußlands Expansion nach Europa und Asien hin aggressiv bezeichnet; er hat den Panlawismus als imperialistisch bezeichnet und immer wieder auf die Gefahr hingewiesen, die der Demokratie und dem Sozialismus von dem absolutistischen russischen Staatswesen drohen.

Das, was Marx über die Vergangenheit Rußlands geschrieben hat, ist ein Faustschlag ins Gesicht Stalins, der darauf auch prompt auf seine Weise reagiert hat. Durch einen Erlaß Stalins sind eine Reihe von Marxschen Schriften in der Versenkung verschwunden. Karl Marx ist zum Gegenstand einer Säuberungsaktion geworden. Niemand darf es wagen, die Marxschen Artikel über Rußland auch nur zu zitieren.

Gewiß, Marx wußte noch nichts vom bolschewistischen Rußland, er schrieb gegen das zaristische Rußland. Aber die Bolschewisten können nicht einwenden, daß damit die Marxschen Artikel gegenstandslos geworden sind. Denn was Marx einst in geharnischter Sprache verdammt, das glorifizieren die Stalinisten heute. Sie bekennen sich zur russischen Geschichte mit all ihren Scheußlichkeiten; sie setzen die expansive Politik der Zaren fort. Lebte Marx heute noch, so wäre er für die Stalinisten ein "Schumacher-Agent", der den Herrschaftsanspruch der Russen nicht anerkennen kann, der den russischen Expansionsdrang offen einen Imperialismus nennt und aus der Geschichte Rußlands erklärt, die Stalin und seine Historiker zur "ruhmreichen" Zentralgeschichte der Menschheit machen wollen, um daraus den Bekehrungsanspruch an die ganze Welt abzuleiten.

Aus einer im Westfalendruck-Dortmund  
erschienenen Schrift von Ernst Böse.

+   +   +

---

Verantwortlich: Peter Raunau